

**Ergebnisprotokoll**

der 2. Sitzung des Ausschusses für Natur, Landwirtschaft und Forsten  
(IX. Wahlperiode)  
am 14.09.2017

**Tagungsort:** Raum 8A/B UG, beim Regionalverband FrankfurtRheinMain  
Poststraße 16 in Frankfurt am Main

**Beginn:** 10:00 Uhr **Ende:** 12:00 Uhr

**Teilnehmer:** Herr Göllner, Ausschussvorsitzender

Herr Fink	Herr Kraft i.V.	Herr Stirböck
Herr Gerfelder i.V.	Herr Kötter i.V.	Herr Urhahn
Herr Gritsch	Herr Ludwig	Herr Voos
Herr Karl	Herr Röttger i.V.	Herr Zimmermann
Herr Köhler	Herr Schmitt	

**Fraktionsvorsitzender** Herr Wissenbach

**Fraktionsgeschäftsführerin** Frau Suffert

**Obere Landesplanungsbehörde:**

Herr Dr. Beck	Frau Dickel-Uebers
Frau Güss	Herr Hennig
Herr Huber-Braun	Herr Krämer
Herr Langsdorf	

**Schriftführerin:** Frau Hermansdorfer

### Tagesordnung:

1. Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der 1. Sitzung des Ausschusses für Natur, Landwirtschaft und Forsten
2. Antrag der Gemeinde Wölfersheim auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen/ Regionalen Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP 2010) gemäß § 8 Abs. 2 HLPg für die Ausweisung eines Gewerbegebietes „Logistikpark Wölfersheim A 45“  
**Drs. Nr. IX / 38.1**
3. Vergleich Normenkontrollverfahren Langener Waldsee  
Gemeinsamer Antrag der SPD- und CDU-Fraktion vom 14. August 2017  
**Drs. Nr. IX / 46.0**
4. Anfragen und Mitteilungen

**zu TOP 1:** Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der 1. Sitzung des Ausschusses für Natur, Landwirtschaft und Forsten

**Herr Göllner** begrüßte die Anwesenden. Er stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Einladung zur Sitzung erfolgte form- und fristgerecht. Das Protokoll der vergangenen Sitzung wurde genehmigt.

**zu TOP 2:** Antrag der Gemeinde Wölfersheim auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP 2010) gemäß § 8 Abs. 2 HLPg für die Ausweisung eines Gewerbegebietes „Logistikpark Wölfersheim A 45“, **Drs. Nr. IX / 38.1**

Vor Eintritt in die Diskussion stellte **Herr Kötter (SPD)** klar, dass sich die auf S. 3 der Vorlage befindliche Aussage zur Zusammenarbeit mit dem NABU nicht auf den NABU Wetterau, sondern auf den NABU Wölfersheim beziehe.

**Herr Urhahn (DIE GRÜNEN)** äußerte Bedenken hinsichtlich der mit dem Vorhaben verbundenen beträchtlichen Flächeninanspruchnahme. Er befürchte, dass durch die Ermöglichung der Inanspruchnahme wertvoller landwirtschaftlicher Böden ein falsches Signal gesetzt werde und Nachfolgeabsichten anderer Unternehmen nach sich ziehe. Wie man damit umgehen wolle, sei unklar. **Herr Kötter (SPD)** betonte, dass die geplante Flächeninanspruchnahme deutlich weniger als 1% der Gesamt-Ackerfläche der Gemeinde Wölfersheim darstelle.

**Herr Urhahn (DIE GRÜNEN)** erläuterte weiterhin die konkreten Fragen seiner Fraktion zur Vorlage:

1) Seite 3 Absatz 3: „Das Lager Wölfersheim solle im Sinne Energie- und Ressourcenschonender Konzepte neue Maßstäbe setzen.“

**Herr Kötter (SPD)** erläuterte die geplanten Konzepte. **Herr Huber-Braun** wies darauf hin, dass dieser Aspekt im Hinblick auf die regionalplanerische Kernfrage nur ein Randthema sei.

2) Seite 3 Absatz 6: „Aus dem Zusammenschluss der beiden Lager (...) ergäben sich mehrere Vorteile (...)“

**Herr Urhahn (DIE GRÜNEN)** erkundigte sich, was mit den alten Lagerstandorten passiere. **Herr Kötter (SPD)** berichtete dazu, dass beide Altlagerstandorte weiter genutzt werden. Ein Monitoring sei nicht vorgesehen.

3) Seite 4 Absatz 1: „Erhalt von 550 Arbeitsplätzen“

**Herr Urhahn (DIE GRÜNEN)** bemängelte, dass hier der Verlust von Arbeitsplätzen suggeriert werde, obwohl sie durch den Betrieb der beiden existierenden Lager ohnehin erhalten blieben. **Herr Kötter (SPD)** widersprach. Die Arbeitsplätze würden – sollte das neue Logistikzentrum nicht gebaut werden – nach Mittelhessen abwandern. Am neuen Standort jedoch können sie in der Region erhalten bleiben.

4) Seite 5 Absatz 4: Weiterführung der landwirtschaftlichen Betriebe

**Herr Urhahn (DIE GRÜNEN)** erkundigte sich, wie die Weiterführung der landwirtschaftlichen Betriebe bei Verlust der Betriebsflächen gewährleistet sei. **Herr Göllner** wies darauf hin, dass diese Thematik in die nächsten Planungsebenen gehöre. **Herr Huber-Braun** erklärte, dass im Rahmen des Abweichungsverfahrens eine umfassende Prüfung hinsichtlich möglicher KO-Kriterien erfolgt sei. Diese haben ergeben, dass keine Existenzgefährdung vorliege. Die Gemeinde konkretisiere die Betroffenheitsanalyse im Rahmen der Bauleitplanung und des Umlegungsverfahrens und werde sicherstellen, dass den Landwirten nötigenfalls Ersatzflächen zur Verfügung gestellt werden.

5) S. 6 Absatz 2: „Laut Antragstellerin sind (...) keine Flächen in der erforderlichen Größe (...) vorhanden.“

**Herr Fink (DIE GRÜNEN)** bemängelte, dass sich diese Aussage der näheren Prüfung entziehe und nicht dokumentiert sei, ob eine Suche nach Alternativstandorten stattgefunden habe. **Herr Huber-Braun** erläuterte, dass hier ein Antrag auf Zielabweichung der Gemeinde vorliege, der sich auf eine konkrete Fläche beziehe. Alternativstandorte seien nicht Gegenstand der Prüfung. **Herr Kötter (SPD)** ergänzte, dass seitens der Gemeinde und seitens REWE mehrere Standorte untersucht wurden und die Standortwahl letztendlich aufgrund verschiedener Faktoren alternativlos war.

**Herr Urhahn (DIE GRÜNEN)** teilte mit, dass seine Fraktion beantragen werde, die Abstimmung in die nächste Sitzungsrunde zu verschieben.

**Herr Röttger (CDU)** führte aus, dass man in der Vergangenheit stets dem Grundsatz gefolgt sei, einem Verschiebungswunsch anderer Fraktionen nachzugeben. Dies sei in der neuen Wahlperiode aufgrund der langen Vorlaufzeiten nicht mehr möglich. Ein Vertagen sei nur noch in die nächste Woche möglich, um noch vor der RVS-Sitzung die Beratungen abzuschließen. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

6) Seite 8 Absatz 7: „*Es bleibe unklar, wie mit dem anfallenden Wasser umgegangen werden soll.*“

Auf Nachfrage von **Herrn Urhahn (DIE GRÜNEN)** erläuterte **Herr Kötter (SPD)**, dass eine Regenrückhaltung auf dem Grundstück vorgesehen sei und ein Kanal zur Kläranlage gebaut werde.

7) Seite 9 Absatz 2: *Sicherung der Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe*

Auf Nachfrage von **Herrn Urhahn (DIE GRÜNEN)** erläuterte **Herr Kötter (SPD)**, dass die Gemeinde sich dieser Thematik im Rahmen des Umlegungsverfahrens widme.

8) Seite 10 Absatz 2: *Zerschneidung der Ackerschläge durch den geplanten Feuerwehrstandort*

**Herr Urhahn (DIE GRÜNEN)** befürchtete weitere evtl. bevorstehende Flächenverluste. **Herr Huber-Braun** verwies auf Punkt III 3. der Abweitungsempfehlung. Die Gemeinde Wölfersheim werde einen eventuellen zukünftigen Bedarf hinsichtlich des Feuerwehrstandorts im Rahmen der Bauleitplanung regeln.

9) Seite 11 Absatz 4: „*Die Planung sei in der vorgesehenen Fassung nicht mit den gesetzlichen Erfordernissen des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden vereinbar.*“

**Herr Urhahn (DIE GRÜNEN)** fragte nach, ob den gesetzlichen Erfordernissen Rechnung getragen wurde. **Herr Huber-Braun** erläuterte, dass dies durch die Reduktion des Flächenverbrauchs von ursprünglich 40 ha auf nunmehr netto 15 ha geschehen sei.

10) Seite 12 Absatz 5: *Forderung der Ergänzung der Antragsunterlagen*

**Herr Huber-Braun** merkte an, dass die Ergänzungen geliefert wurden.

11) Seite 14 Absatz 6: *Ungenügende Planungsunterlagen*

Auf Rückfrage von **Herrn Urhahn (DIE GRÜNEN)** erläuterte **Herr Huber-Braun**, dass eine Voruntersuchung zur Natura2000-Verträglichkeit durchgeführt wurde. Diese ergab, dass naturschutzfachliche Probleme nicht zu erwarten seien. **Herr Langsdorf** ergänzte, dass es keine Anhaltspunkte für Probleme gebe, die nicht auf Ebene der Bauleitplanung lösbar seien.

12) Seite 17 Absatz 3: *Verkehrliche Erschließung*

Auf Nachfrage von **Herrn Urhahn (DIE GRÜNEN)** führte **Herr Kötter (SPD)** aus, dass lediglich Verbreiterungen bestehender Straßen zu erwarten seien. **Herr Huber-Braun** ergänzte, dass das Projekt aus verkehrlicher Sicht sehr gut liege. Es sei nahezu keine zusätzliche Flächeninanspruchnahme für Verkehrsanlagen zu erwarten.

13) Seite 22 Absatz 4: „Dabei ist insgesamt zu beachten, dass der entstehende absolute Flächenverlust betriebswirtschaftlich auf den gesamten Berufsstand der Region möglichst gleichmäßig verteilt wird.“

**Herr Urhahn (DIE GRÜNEN)** bat um Erläuterung. **Herr Huber-Braun** wiederholte, dass ein Flächenverlust von etwa 15 ha zu erwarten sei und der Landwirtschaft im Rahmen des Umlegungsverfahrens Ersatz angeboten werden müsse.

14) Seite 23 Absatz 3: „So ist es nicht erwünscht, mit einer derart immissionsintensiven Nutzung an schutzwürdige Nutzungen heranzurücken.“

**Herr Urhahn (DIE GRÜNEN)** gab an, dass ihn ein Vergleich mit ähnlich großen Logistikzentren interessiere. Es werfe grundsätzliche planerische Fragen auf, wenn Verteilzentren derart immissionsintensiv seien. **Herr Huber-Braun** stimmte zu, dass es in der Region konfliktträchtige Standorte gebe. Er verwies auf die bevorstehende Ausschreibung des „Regionalen Entwicklungskonzepts“, in dem untersucht und dargelegt werden solle, wie ein Logistikkonzept in der Region aussehen könnte und wo geeignete Standorte sein könnten.

Im Anschluss an die Beantwortung aller Fragen beantragte **Herr Urhahn (DIE GRÜNEN)**, die Entscheidung über die Drs. Nr. IX / 38.1 in die nächste Sitzungsrunde zu verschieben.

**Herr Stirböck (FDP)** bemerkte, dass er an dem gängigen Verfahren aus der letzten Wahlperiode, nämlich dem Wunsch von Fraktionen auf Aufschub aufgrund Beratungsbedarfs grundsätzlich nachzugeben, festhalten wolle. Er sei über die von Herrn Röttger angekündigte Änderung irritiert. **Herr Röttger (CDU)** verwies auf die erwünschte Beschleunigung der Verfahren. **Herr Urhahn (DIE GRÜNEN)** bekräftigte, dass seine Fraktion den Antrag auf Verschiebung aufrecht erhalte.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ **Herr Göllner** über den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Verschiebung abstimmen.

**Beschluss:** Der Ausschuss Natur, Landwirtschaft und Forsten lehnt den Antrag auf Verschiebung der Entscheidung über die **Drs. Nr. IX / 38.1** mit den Stimmen von SPD und CDU, gegen die Stimmen der Fraktionen DIE GRÜNEN, FDP und AfD mehrheitlich ab.

Anschließend ließ **Herr Göllner** über die **Drs. Nr. IX / 38.1** abstimmen.

**Beschluss:** Der Ausschuss Natur, Landwirtschaft und Forsten stimmt der **Drs. Nr. IX / 38.1** mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP, gegen die Stimmen von DIE GRÜNEN, bei Enthaltung der AfD-Fraktion mehrheitlich zu.

**zu TOP 3:** Vergleich Normenkontrollverfahren Langener Waldsee  
Gemeinsamer Antrag der SPD- und CDU-Fraktion vom 14. August 2017  
**Drs. Nr. IX / 46.0**

**Herr Röttger (CDU)** erläuterte den gemeinsamen Antrag. Es gehe darum, ein zwischen allen Beteiligten abgestimmtes Konzept für den Bereich zu erarbeiten.

**Frau Güss** gab zu den im Antrag genannten Verfahren folgende Hinweise. Die im bergrechtlichen Planfeststellungsbeschluss genehmigten rd. 64 ha lägen seit März 2016 im Berufungsverfahren beim VGH. Es könne damit gerechnet werden, dass der Fall in den nächsten 1 bis 1 ½ Jahren verhandelt werde. Wenn der Planfeststellungsbeschluss Rechtskraft erhalte, stehe ihm die aktuelle Ausweisung im Regionalplan Südhessen / Regionale Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP 2010) nicht entgegen, da der Planfeststellungsbeschluss auf der Zielfestlegung vor der 1. Planänderung im Bereich Langen (Vorranggebiet Abbau oberflächennaher Lagerstätten) fuße. Bei Erlangung der Rechtskraft sei er idealerweise in die Neuaufstellung des RPS/RegFNP als „Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Lagerstätten, Bestand“ aufzunehmen. Daher erkenne die Verwaltung derzeit keinen Vorteil darin, aktiv zu werden.

**Herr Urhahn (DIE GRÜNEN)** kündigte an, dass seine Fraktion gegen den Antrag stimmen werde.

Nach Wortbeiträgen von **Herrn Schmitt (CDU)**, **Herrn Gerfelder (SPD)**, **Herrn Röttger (CDU)** und **Herrn Urhahn (DIE GRÜNEN)** ließ **Herr Göllner** über die **Drs. Nr. IX / 46.0** abstimmen

**Beschluss:** Der Ausschuss Natur, Landwirtschaft und Forsten stimmt der **Drs. Nr. IX / 46.0** mit den Stimmen von SPD, CDU, FDP und AfD, gegen die Stimmen von DIE GRÜNEN mehrheitlich zu

**zu TOP 4:** Anfragen und Mitteilungen

Da keine Wortmeldungen vorlagen, beendete **Herr Göllner** um 12:00 Uhr die Sitzung.

Der Vorsitzende des NLF

Schriftführerin



Michael Göllner

gez. Esther Hermansdorfer